

Herr Bundespräsident Alain Berset
Herr Bundesrat Ignazio Cassis
Herr Bundesrat Johann Schneider-Ammann
Schweizerische Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

info@bk.admin.ch

Per Post und Email

Zürich, Bern, Genf, 16. April 2018

Unhaltbare Menschenrechtssituation in der Türkei und Krieg gegen die Kurden in Syrien: Sistierung der Verhandlungen um das Freihandelsabkommen EFTA-Türkei

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Berset,
Sehr geehrter Herr Bundesrat Cassis,
Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann,

Mit grösster Sorge verfolgen die unterzeichnenden Organisationen die sich laufend verschlechternde Lage der Menschenrechte in der Türkei. Der Hohe Kommissar für Menschenrechte hält in einem [Bericht vom 20. März 2018](#) fest, dass seit dem Ausnahmezustand 22 Notstandsdekrete die parlamentarische Kontrolle der Regierungsaktivität und die Rekursmöglichkeit beim Verfassungsgericht ausschalten und dass mindestens 152'000 Staatsangestellte entlassen worden sind. Bis Ende 2017 seien zudem 159'506 Personen im Zusammenhang mit den Notstandsdekreten verhaftet worden, und im vor allem durch Kurden bewohnten Südosten des Landes würden massiv Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gegen die Bevölkerung begangen. Am 27. Februar 2018 drückte der [Sonderberichterstatter über Folter, Nils Melzer](#), seine ernsthaften Sorgen über die zunehmende Zahl von Folterfällen und anderen Misshandlungen, die in Polizeigewahrsam in der Türkei mutmasslich stattfinden, aus.

Mit den massiven Angriffen, die türkische Streitkräfte seit dem 20. Januar gegen die Menschen im syrischen Distrikt Afrin führen, ist eine neue Dimension erreicht. Afrin beherbergte rund 200'000 [Binnenflüchtlinge](#), als türkische Militärs die Stadt angriffen. Die Angriffe ziehen auch die Zivilbevölkerung unverhältnismässig in Mitleidenschaft, zerstören zivile Einrichtungen und destabilisieren die ganze Region. Führende Menschenrechtsexperten wie Professor Walter Kälin, emeritierter Ordinarius für eidgenössisches und vergleichendes kantonales Staatsrecht sowie Völkerrecht und [Anne Peters](#), Direktorin am Max-Planck-Institut für öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg, gehen davon aus, dass die türkische Offensive nicht durch den Sicherheitsrat autorisiert wurde und sie offenbar auch nicht der Abwehr eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs diene und damit das Völkerrecht verletzt.

Artikel 54 der Schweizer Bundesverfassung verlangt, dass die Schweiz namentlich *zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen* beiträgt. Im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat sich die Schweiz verpflichtet, die *politische Kohärenz zugunsten nachhaltiger Entwicklung zu verbessern*. Letzten Sommer hat die Arbeitsgruppe Aussenpolitik der NGO-Plattform Menschenrechte das [Diskussionspapier Wo bleibt die Kohärenz? Menschenrechte und Schweizer Aussenpolitik](#) erarbeitet. Darin fordert die Arbeitsgruppe eine kohärente, auf die Durchsetzung der Menschenrechte ausgerichtete Aussenpolitik. Angesichts der aktuellen Lage in der Türkei besteht hier dringender Handlungsbedarf.

Die unterzeichnenden Organisationen fordern den Bundesrat daher auf, die Verhandlungen zur Modernisierung des Freihandelsabkommens zwischen der Türkei und den EFTA-Staaten zu sistieren, bis alle Personen, die aus politischen Gründen verhaftet oder entlassen worden sind, freigelassen respektive wieder eingestellt und alle politisch motivierten gerichtlichen Verfahren eingestellt worden sind, bis die Medien und Nichtregierungsorganisationen, insbesondere auch diejenigen der türkischen Opposition und der kurdischen Minderheit, wieder frei arbeiten können und bis alle völkerrechtswidrigen Aggressionen in Syrien beendet worden sind.

In der Beilage finden Sie eine Zusammenfassung des Jahresberichts von Amnesty International zur Menschenrechtslage in der Türkei.

Hochachtungsvoll



Im Namen der unterzeichnenden Organisationen
Christoph Wiedmer, Gesellschaft für bedrohte Völker
christoph.wiedmer@gfbv.ch

Die unterzeichnenden Organisationen:

ACAT-Schweiz, Bettina Ryser
Alliance Sud, Eva Schmassmann
Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien ASKI, Stephan Suhner
cfd/Christlicher Friedensdienst, Carmen Meyer
FIAN Schweiz / for the Human Right to Adequate Food, Michael Nanz
Frauen für den Frieden Schweiz, Agnes Hohl
FriedensFrauen Weltweit, Flurina Derungs
Gesellschaft für bedrohte Völker, Christoph Wiedmer
Grüne Partei der Schweiz, Regula Rytz
humanrights.ch, Alex Sutter
Public Eye, Thomas Braunschweig
Schweizerische Helsinki-Vereinigung SHV, Christoph Lanz
Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Carlo Sommaruga
Solifonds, Urs Sekinger
Schweizerische Sektion der Internationalen Juristenkommission ICJ-CH, Eliane Menghetti

Eine Kopie dieses Briefes geht an alle Mitglieder der Bundesversammlung.

Beilage:

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2017/2018

Links:

OHCHR: https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/2018-03-19_Second_OHCHR_Turkey_Report.pdf

Sonderberichterstatte Melzer:

<http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=22718&LangID=E>

Binnenflüchtlinge Afrin: <http://www.srf.ch/medien/news/srfglobal-krieg-gegen-afrin/>

FAZ-Artikel mit Völkerrechtsexpertin Anne Peters: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/syrien-verstoest-die-tuerkei-gegen-das-voelkerrecht-15412253.html#void>

Kohärenzpapier: https://www.humanrights.ch/upload/pdf/170609_Kohaerenz-Papier_-NGP-Plattform.pdf